



Dr. Stefan Kaufmann

06/2015
24.03.2015

Brief aus Berlin

CDU

Liebe Leserinnen und Leser,

in der sitzungsfreien Woche habe ich erstmals die Russische Föderation besucht. Anlass war eine Einladung des Rektors der Staatlichen Universität Samara (SSU) in Stuttgarts russische Partnerstadt. In meinen zahlreichen Begegnungen und Gesprächen mit Vertretern der russischen Wissenschafts- und Forschungsorganisationen in Moskau und der Hochschulen und Städtepartnerschaft in Samara habe ich ein ungeheures Interesse an der EU und insbesondere Deutschland festgestellt – und den starken Wunsch, die zum Teil jahrzehntelang gewachsenen Verbindungen zwischen unseren beiden Ländern nicht einzureißen. Ein klares Bekenntnis zu einer Westorientierung Russlands trägt die handelnden Akteure und hat mich beeindruckt. Es ist ermutigend, wie gut die Beziehungen nach wie vor funktionieren – und zwar auf Wunsch beider (Regierungs-)Seiten. Damit wurde einmal mehr deutlich, wie wichtig die Außenwissenschaftspolitik in solchen Krisenzeiten ist. Sie hält Brücken aufrecht wo aufgrund staatspolitischer Fehlentwicklungen Eiszeiten entstehen – und leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung in Krisenregionen. Ich bin jedenfalls dankbar, dass ich als Wissenschafts- und Forschungspolitiker mithelfen kann, Staaten, die sich unter problematischer politischer Führung von uns zu entfernen drohen, durch Zeichen der Verbundenheit und des Vertrauens auch in schwierigeren Zeiten an uns zu binden. Diese Kraft hat wohl in der Tat nur die Zusammenarbeit im Bereich von Bildung, Kultur und Wissenschaft.

In diesem Sinne grüßt Sie herzlich
Ihr

Impressum:

Dr. Stefan Kaufmann MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030/227-72494
Fax: 030/227-76228
www.stefan-kaufmann.de

E-Mail:
stefan.kaufmann@bundestag.de

Blockupy-Proteste in Frankfurt parteiübergreifend verurteilt

Frankfurt/Berlin – „Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.“ Dieses Grundrecht ist verbrieft in Artikel 8 unseres Grundgesetzes. Friedlich und ohne Waffen. Davon konnte in Frankfurt mitnichten die Rede sein. Dort haben wir einen Missbrauch des Demonstrationsrechts erlebt: bei schweren Krawallen am Rande der Eröffnung der neuen Zentrale der Europäischen Zentralbank kam es zu zahlreichen Verletzten. Autos wurden in Brand gesetzt, Steine geworfen und Barrikaden errichtet. Nach einer vorläufigen Bilanz wurden 150

Bundestag fraktionsübergreifend verurteilt. Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière zeigte sich in der Plenardebatte vom „Ausmaß der Verrohung“ erschüttert. Auch gänzlich Un-

überhaupt nicht mehr die Rede sein“, sagte er. Dass in den Reihen der Linken gar nicht und bei den Grünen nur vereinzelt applaudiert wurde, als der Bundesinnenminister die Gewaltexzesse



„Wenn ein Auto angezündet wird, in dem zwei Polizisten sitzen, dann reden wir nicht mehr von Widerstand gegen die Staatsgewalt. Dann reden wir von versuchtem Totschlag.“

Thomas de Maizière
Bundesinnenminister

CDU  **CSU**

Fraktion im
Deutschen Bundestag

Polizeibeamte verletzt – einige davon schwer. 55 Dienstfahrzeuge wurden beschädigt – weitere sieben in Brand gesetzt. Eine Polizeistation wurde angegriffen. Diese nicht zu rechtfertigenden Ausschreitungen haben wir am Donnerstag in einer Debatte im

beteiligte seien von den Gewaltakten betroffen gewesen: „Selbst vor einer Unterkunft für minderjährige Flüchtlinge [...] hat die blinde Zerstörungswut der Randalierer nicht halt gemacht. Hier findet Gewalt nur noch um der Gewalt willen statt. Von politischer Auseinandersetzung kann

bei den Krawallen verurteilt hat, fand ich offen gesagt äußerst beschämend. Gerade auch mit Blick darauf, dass Vertreter der Linken zu den Mitunterzeichnern der „Blockupy“-Proteste gehörten. Der Missbrauch des Demonstrationsrechts durch Gewalttäter ist durch nichts zu legitimieren. Unser Landesvorsitzender Thomas Strobl hat Recht, wenn er sagt: „Wer Polizisten angreift, greift uns alle an.“ Wir müssen uns als Gesellschaft insgesamt diesem linksextremen Gewalttourismus entgegenstellen und alles dafür tun, dass unsere Sicherheitskräfte besser geschützt werden. Hierfür hat er einen überparteilichen Pakt zur Ächtung von Gewalt gegen Polizisten angeregt.

Regierungserklärung der Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat

Berlin – Vor ihrer Abreise zum Europäischen Rat in Brüssel hat Bundeskanzlerin Angela Merkel am vergangenen Donnerstag eine Regierungserklärung abgegeben. Darin würdigte sie die Erfolge der europäischen Haushalts- und Wirtschaftspolitik. Dies machte sie am Beispiel Spaniens und Irlands fest. Dort sei die Arbeitslosigkeit im letzten Jahr um zwei

Prozentpunkte gefallen. Diese beiden Länder seien „nur zwei Beispiele dafür, was entschlossenes Handeln einzelner Länder und solidarische europäische Unterstützung gemeinsam bewirken können“, sagte die Bundes-

kanzlerin im Plenarsaal. Mit Blick auf die Schuldenkrise in Europa mahnte sie: „Dauerhaft und nachhaltig überwunden haben wir sie noch nicht. Wir müssen uns weiter anstrengen.“ Die Vorsitzenden der Koalitionsfraktionen, Volker Kauder und Thomas

Die Regierungserklärung der Bundeskanzlerin können Sie sich hier ansehen:
<http://dbtg.tv/fvid/4771989>

Oppermann, betonten in der Aussprache, dass Europa solidarisch bleibe, Solidarität aber keine Einbahnstraße sei. Gestern hat die Bundeskanzlerin den neuen griechischen Ministerpräsidenten Alexis Tsipras in Berlin

diesem Jahr an, wie es die Staats- und Regierungschefs im vergangenen Jahr auch vereinbart hatten. Das Abkommen biete große Chancen und sei notwendig für das Wachstum in Europa und die Innovationskraft [...]

Brief aus Berlin

CDU

[...] und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Die Bedeutung der deutschen Wirtschaftsbeziehungen zu den USA werde zum Beispiel daran deutlich, dass die deutschen Exporte in die USA allein im vergangenen Jahr um gut sieben Prozent gestiegen seien. In der Frage der Ukraine-Krise machte Angela

Merkel im Bundestag erneut deutlich, dass Russland mit der Annexion der Krim das Völkerrecht gebrochen habe. Europa spreche in dieser Frage mit einer Stimme. Die Dauer der Sanktionen gegen Russland richte sich nach der Erfüllung des Minsker Abkommens. „Wir können diese Sanktionen nicht aufheben,

wenn nur erste Forderungen erfüllt sind. Das wäre falsch.“ Die Konfliktbeteiligten müssten nun den Weg bis zur Umsetzung des vollständigen Maßnahmenpakets von Minsk zu Ende gehen. Mit Blick nach Nordafrika verurteilte Angela Merkel den Terroranschlag in Tunis und rief zum Gedenken an die Opfer auf.

Tunesien stellte die Bundeskanzlerin deutsche Unterstützung in Aussicht. Auch mit der Krise in Libyen, das am Rande eines Bürgerkriegs taumele, werde der Europäische Rat sich beschäftigen. Die kritische Lage dort habe massive Auswirkungen auf die Region und bis nach Europa.

Bundshaushalt



© CDU Deutschlands

Berlin – Am Mittwochvormittag, 18. März, hat die Bundesregierung die Eckwerte für die Aufstellung des Bundeshaushalts 2016 und den Finanzplan bis 2019 beschlossen. Die zentrale Botschaft: die CDU hält Wort. Unser Wahlkampfversprechen, das wir auch in den Koalitionsverhandlungen durchgesetzt haben, setzen wir um. Bis 2019 kommen wir ohne neue Schulden aus – bei gleichzeitiger Steigerung der Investitionen. Finanzschwache Kommunen werden wir mit einem Fonds für die Infrastruktur unterstützen.

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle hat zentrale Argumente in einem Flugblatt zusammengefasst. Hier kann es abgerufen werden: <http://bit.ly/1x823pq>

 Besuchen Sie mich auf Facebook!

Auf Facebook finden Sie mich unter: www.facebook.com/StefanKaufmannMdB. Ich freue mich über diese direkte Form des Dialoges und über viele neue Kontakte – auch auf den Social-Media-Plattformen.

Farbe bekennen! – Perspektiven zu 70 Jahren Christdemokratie



Während des Grußworts im Bertha-Benz-Saal des Hauses der Wirtschaft Baden-Württemberg © KAS Landesbüro Baden-Württemberg.

Berlin – Am politischen Jahresauftakt des Landesbüros Baden-Württemberg der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) im Haus der Wirtschaft in Stuttgart habe ich sehr gern teilgenommen und auch ein Grußwort beigesteuert. Zunächst setzte sich aber Dr. Stefan Hofmann, Leiter der KAS Stuttgart, mit dem Motto „Farbe bekennen“ auseinander. Er spannte den Bogen von Konrad Adenauer, dem Namensgeber der Stiftung, der sein Leben im Widerstand gegen das Nazi-Regime eingesetzt hat, bis in die heutige Zeit. In beeindruckender Weise würdigte Altministerpräsident Dr. h.c. Erwin Teufel die herausragenden Leistungen der Gründer der Christdemokratie im physisch und moralisch zerstörten Nachkriegsdeutschland. Wichtige Meilensteine in 70 Jahren Christdemokratie in Deutschland waren die Westausrichtung Deutschlands in Richtung USA

und westliches Europa und die Europäische Integration, die die CDU als Europapartei vorangetrieben hat. Der Spitzenkandidat der CDU für die Landtagswahl und zweite Festredner Guido Wolf interpretierte „Farbe bekennen“ für die Parteipolitik der CDU. In einer Welt, in der sich

die Lebensverhältnisse standardisiert haben, in der die bürgerliche Mitte erodiert und ein Wertewandel zu beobachten sei, gelte es Orientierungshilfe zu leisten und der Beliebigkeit entgegenzuwirken. Fundament hierfür sei das christliche Menschenbild, das in die Alltagspoli-

spiegele sich insbesondere in der Bildungspolitik wider. „Gleiche Bildungschancen“ bedeute die besondere Förderung des Einzelnen, die seinen individuellen Fähigkeiten Rechnung trage. Dies könne weder durch die Gemeinschaftsschule geschehen noch durch eine Steuerung der Gesellschaft in Richtung Akademisierung. Für Guido Wolf bedeutet Nachhaltigkeit nicht nur der verantwortungsvolle Umgang mit öffentlichen Haushaltsmitteln. Mindestens genauso entscheidend seien Fähigkeit und Wille der Politik große, generationenübergreifende Zukunftsprojekte „aufs Gleis zu setzen“. Eine Gesellschaft, die selbstzufrieden sei und ein Scheitern nicht mehr



In der Diskussion mit Guido Wolf MdL, Vorsitzender der CDU Landtagsfraktion Baden-Württemberg und Spitzenkandidat zur Landtagswahl 2016, Dr. Stefan Hofmann, Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung für Baden-Württemberg und Altministerpräsident Dr. h.c. Erwin Teufel (von links).

tik transponiert werden müsse. Das christliche Menschenbild beruhe auf dem Unterschied und verlange Rücksichtnahme und nicht „Gleichmacherei“. Dies

riskiere, höre auf, in die Zukunft zu investieren. Ich selbst bin in meinem Grußwort auf die Leistungen der Gründerväter der Christdemokratie und die [...]

Brief aus Berlin



[...] siebzigjährige Geschichte in Stuttgart eingegangen. Zudem habe ich mein Augenmerk auch auf die zukünftigen Herausforderungen gerichtet und auf die Rolle der CDU als Innovationstreiber für Zukunftschancen hingewiesen. Thematisch gilt es zudem, sowohl der Herausforderung als „Grundlagenpartei“

gerecht zu werden als auch der Sehnsucht der Bürger nach „Lifestyle“. Besonders groß sind die Herausforderungen für die CDU in den Städten. Hier müssen wir der Skepsis der Bürger mit einer Öffnung der Partei begegnen. Öffnung nach innen etwa durch mehr Mitbestimmung und Transparenz, Öffnung nach

außen durch Gesprächsrunden mit wechselseitigem Zuhören und öffentlichem Diskurs. Ich bin überzeugt, dass dieser Kurs der Öffnung nach innen und nach außen ebenso wie die beschriebene inhaltliche Neujustierung ihren Teil dazu beitragen wird, hier in Stuttgart und auch anderswo in Zukunft wieder und weiter er-

folgreich zu sein. Wir werden diesen Weg gemeinsam mit unseren engagierten Parteifreundinnen und Freunden daher gerne weiter gehen. Begreifen wir die Vielfalt der Städte als Chance – und nutzen wir sie als eine breit in der Gesellschaft verankerte Volkspartei. Danke an alle Beteiligten für die tolle Veranstaltung!

Stuttgarter erkunden das politische Berlin



Mit den Stuttgarter Gästen auf der Dachterrasse des Reichstagsgebäudes.

Berlin/Stuttgart – Im Editorial zur letzten Ausgabe meines Briefs aus Berlin hatte ich bereits kurz von meiner Besuchergruppe aus Stuttgart berichtet, die auf meine Einladung hin zu einer vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung organisierten Informationsfahrt nach Berlin gekommen ist. Diesmal waren Mitglieder der Kurdischen Gemeinde Stuttgart, des Vereins SportKultur aus Stuttgart-Rohracker und Angehörige der Brandschutzerziehung Stuttgart mit dabei – und haben eine tolle Gemeinschaft gebildet! Begleitet hat die Reise wieder einmal mein Partner Rolf Pfander, der die Aufgabe des Gruppenleiters regelmäßig übernimmt. Dafür bin ich ihm sehr dankbar, kann ich so doch sicher sein, dass die Stuttgarter Berlinbesucher in

besten Händen sind – und ich bin mittelbar auch stets dabei! Neben dem Besuch des Parlaments und unserer guten Diskussion hat die Gruppe in Berlin unter anderem das Bundeskanzleramt, das Bundesministerium für Bildung und Forschung und die Gedenkstätte Berliner Mauer besucht. Und wie man auf dem Gruppenfoto auf der Dachterrasse des Reichstagsgebäudes sehen kann: das Wetter hat auch mitgespielt! Inzwischen sind alle wieder wohlbehalten zurück in Stuttgart – bis auf Max Zündel. Die Handpuppe, ein Feuerteufelchen, spielt in der frühkindlichen Brandschutzerziehung in Stuttgart eine wichtige Rolle und blieb als Gastgeschenk in Berlin. Hier sitzt er nun in meinem Büro – und wird sich hoffentlich stets gut betragen!

Das Eberhard-Ludwigs-Gymnasium zu Besuch

Berlin/Stuttgart – Am Dienstag, 17. März, und Donnerstag, 19. März besuchten mich Schülerinnen und Schüler des Eberhard-Ludwigs-Gymnasiums Stuttgart in Berlin. In den jeweils einstündigen Diskussionen hatten die Schüler vielfältige Fragen an mich. Wie sieht der Arbeitstag eine Ab-

geordneten aus – und welches Studium eignet sich am besten? Zudem galt das Interesse wichtigen bildungspolitischen Themen wie dem BAföG und dem Zentralabitur. Außerdem unterhielten wir uns über die gleichgeschlechtliche Ehe, Lobbyismus und die Legalisierung von Cannabis.



Mit den Klassen der Jahrgangsstufe 11 des Eberhard-Ludwigs-Gymnasiums nach unseren Diskussionen im Bundestag.



Von Stuttgart-Bad Cannstatt nach Berlin



Mit Laura Görtz vor dem Reichstagsgebäude in Berlin.

Berlin/Stuttgart – In den vergangenen zwei Wochen hat Laura Görtz aus Bad Cannstatt meine Arbeit begleitet. Laura ist ein gelungenes Beispiel für unser erfolgreiches und leistungsfähiges gegliedertes Schulsystem in

Baden-Württemberg: zunächst hat sie erfolgreich die Schillerschule, eine Hauptschule in Bad Cannstatt besucht. Es folgten die Wirtschaftsschule und das Wirtschaftsgymnasium Stuttgart West. Nach dem Abitur im

letzten Juni hat sie ein halbjähriges Praktikum in der Landesgeschäftsstelle der FDP in Stuttgart absolviert. Für ihren weiteren Werdegang wünsche ich ihr weiterhin allen Erfolg und danke herzlich für die klasse Mitarbeit!